



## Zukunft Zulgatal

### Öffentliche Informationsveranstaltungen

31.5.2010 Heimenschwand

#### Programm:

20.00	Begrüssung, Vorgeschichte, Auftrag, Ziele
20.10	Übersicht Kanton Bern
20.15	Grundlagenbericht und Vergleichsgemeinden
21.15	Diskussion und weiteres Vorgehen
22.00	Abschluss

Hans Rudolf Zaugg begrüsst rund 180 Teilnehmer/innen aus dem Zulgatal. Vom Thuner Tagblatt ist Herr Kopp für die Berichterstattung anwesend.

Die Orientierung erfolgt durch den Präsidenten des Projektausschusses Hans Rudolf Zaugg und den Projektleiter Heinz Berger von der Firma Finances Publiques AG. Für die Informationen wird auf die beigelegten Folienkopien verwiesen.

Der Präsident hält in seiner Einleitung als Ziel des heutigen Abends fest: Wir wollen alle aktiv informieren, alle Anwesenden sollen im Bild sein was bisher abgeklärt wurde und was heute „auf dem Tisch“ liegt.

#### Zeitplan:

- Bis am 31. Juli 2010 liegt der Grundlagenbericht zur Vernehmlassung auf. Alle Einwohnerinnen und Einwohner des Zulgtales sind herzlich eingeladen, sich daran zu beteiligen.
- Nach Abschluss der Vernehmlassung wird die Arbeitsgruppe einen definitiven Antrag an die Gemeinderäte erlassen.
- Am Freitag, den 11. März 2011 werden alle zehn Gemeinden des Zulgtales an ihren Gemeindeversammlungen über die Fusionsvorlage beschliessen.
- Frühestens auf 1.1.2013 könnte eine neue fusionierte Gemeinde entstehen.

Heinz Berger seinerseits gibt in einer knapp anderthalb stündigen umfassenden Orientierung einen Überblick über das ganze Projekt mit seinen Vor- und Nachteilen. Die Finanzen in den Zulgtalgemeinden sind gut, obschon durch zehn zum Teil einwohnermässig kleine Gemeinden die Fixkosten hoch sind. Finanziell wäre eine Fusion aller zehn Gemeinden die interessanteste Lösung. Zwischen linkem und rechtem Zulgatal fehlen aber die Brücken. Viele Aufgaben werden heute trotzdem bereits gemeinsam entweder innerhalb des Zulgtales oder aber sogar mit Steffisburg gelöst. Durch „Zentralisierungen“ nimmt der Publikumsverkehr auf den Gemeindeverwaltungen leider stetig ab.

## Fragen aus der Versammlung

- Wie läuft am 11.3.2011 das Abstimmungsprozedere ab? Es könnten ja noch weitere Varianten vorgeschlagen werden.  
Grundsätzlich stehen mal die Varianten 1, 2 oder 3 zur Diskussion. Wenn sich eine Gemeinde zu einer Variante entschieden hat, ist noch die Frage ob JA oder NEIN zu beantworten. Der Projektausschuss ist sich aber bewusst, dass auch andere, jetzt nicht untersuchte und abgeklärte Varianten zur Diskussion stehen. Er wird sich darum zusammen mit der Arbeitsgruppe nach der Vernehmlassung zum Abstimmungsprozedere noch intensiv unterhalten und den Gemeinden dann einen Vorschlag unterbreiten.
- Werden Schüler/innen von einer Seite des Zulgtals auf die andere Seite des Zulgtals transportiert? Auf Seite 49 des Berichts ist diese Befürchtung erwähnt.  
Eine allfällige Fusion der Einwohnergemeinden hat auf die Schule keinen derartigen Einfluss. Die Veränderungen laut kantonalen Vorgaben sind für die Schule grösser als die Veränderungen durch eine Gemeindefusion. Die zitierte Stelle im Grundlagenbericht bezieht sich auf eine einzelne Äusserung eines Teilnehmenden am Gemeindegespräch Schule, indem diese Person solche Transporte befürchtete. Seitens Projektausschuss sind keine Schülertransporte über den Zulggraben hinweg vorgesehen.  
Was meint man mit **Investitionen in die Infrastruktur**?  
Darunter verstehen wir, etwas vereinfachend im Bericht dargestellt, dass weniger Verwaltungsstellen zu besetzen sind und dafür mehr Stellen im Infrastrukturbereich entstehen. Zum Beispiel mehr Wegmeisterstellen, Brunnenmeister oder für die ARA anstelle viel Verwaltung. Das dezentrale System für Wegunterhalt, Winterdienst, Forstdienst, etc. bleibt aber unverändert. Synergien können aber besser genutzt werden wie z.B. der Einsatz von gewissen Geräten.
- Die **Information** heute sei zwar gut, aber „vorteilslastig“ daher gekommen?  
Hans Rudolf Scheuner macht den Vorwurf, die Information sei nicht ganz objektiv. Die Nachteile seien zu wenig gewichtet. Fusionsvorbereitungen mit guten Leuten garantieren noch nicht für gute Lösungen (Beispiel UBS-Debakel!). Die Reduktion der Behördenmitglieder sei kein Vorteil. Die Entschädigungsforderungen werden steigen. 7 berufstätige Gemeinderatsmitglieder seien in einer solchen Gemeinde überfordert und zudem fehle die Sitzgarantie. Zum Thema Wald habe er nichts gehört und das sei gerade in Oberlangenegg ein äusserst wichtiges Thema, weil ertragsreich.

Präsident und Projektleiter nehmen zu diesen Fragen wie folgt Stellung:

- wenn einer Fusion zugestimmt wird, wird ein neues OgR ausgearbeitet. Darin ist die Anzahl Gemeinderäte zu regeln.
- Während einer Übergangsfrist von 4 oder etwas mehr Jahren, aber aus rechtlichen Gründen nicht auf unbestimmte Zeit, kann ein grösserer Gemeinderat von beispielsweise 11 Mitgliedern eingesetzt werden. Die Arbeitsgruppe hat sich für eine befristete Sitzgarantie ausgesprochen. Jede bisherige Gemeinde bestimmt ihren Vertreter in diese Behörde an ihrer letzten GV. Zusätzlich wird ein Gemeindepräsident gewählt. Nach der Übergangsfrist kann gestützt auf kantonale Vorgaben keine Sitzgarantie mehr gewährt werden.
- Die Nachteile für die Bürger sind in einer Liste aufgeführt.
- Höhere Entschädigungen an den neuen Gemeinderat sind eingerechnet.
- Die Gemeinde Wahlern hat ab 2009 im GR eine neue Aufteilung vorgenommen und das Präsidium als 40%-Stelle geschaffen. In unserem Projekt ist jedoch weder eine Voll- noch eine Teilzeitstelle vorgesehen.
- In unserer Berechnung sind aber 50'000 Franken für die Mehrbelastung der Behördenmitglieder eingerechnet.

- Das Thema Wald wurde an mehreren Gemeindeggesprächen (Liegenschaften und Gewässer) mit allen Gemeindevertretern diskutiert und protokolliert.
- **Kommunikationsfragen? (Frage Heinz Berger: Was ist hier gemeint? Können wir die Frage genauer umschreiben?)**  
Zu diesem Punkt können heute keine Antworten gegeben werden, dies ist dann Aufgabe der neuen Gemeinde.
- **Warum empfehlen Projektausschuss und Arbeitsgruppe die Variante 1?**  
Der Projektausschuss hat eine Tabelle aller Vorteile und Nachteile erarbeitet. Diese ist auf Seite 69 des Berichts dargestellt. Ausschlaggebend waren die Finanzen, die bessere Möglichkeit Behördenmitglieder zu finden und die Zunahme von politischem Gewicht einer grösseren Gemeinde. Ohne Angst machen zu wollen, der Druck für Fusionen wird zunehmen. Es sind relativ wenige Gemeinden, die durch die Beiträge in den Finanzausgleich unseren Gemeinden das finanzielle „Überleben“ garantieren.
- **Wie sind die Rechte der Bürger in der neuen Gemeinde?**  
Diese sind gegenüber heute absolut unverändert. Es werden Gemeindeversammlungen auch in der neuen Gemeinde durchgeführt, wahrscheinlich abwechselnd einmal auf der linken und einmal auf der rechten Zulgtalseite. Möglich ist, dass für gewisse Geschäfte Urnenabstimmungen eingeführt werden. Jede Einwohnerin und jeder Einwohner hat weiterhin 1 Stimme.
- **Was ändert bei den Schulen, führt STI die Schulkinder herum?**  
Schulfragen sind mit oder ohne Fusion regional zu lösen. Das Problem von Schulschliessungen und Schülertransporten wird durch die Abnahme der Schülerzahlen bestimmt. Die STI ist für die Fahrplan- und Liniengestaltung nicht zuständig, das macht die RVK (Regionale Verkehrskonferenz).
- **Wie funktioniert der Finanzausgleich?**  
Es sind zwei Themen zu unterscheiden:

Finanzausgleich (jährlich wiederkehrend): Das ist ein Solidaritätswerk unter den bernischen Gemeinden mit Hilfe des Kantons. „Reiche“ Gemeinden mit mehr Steuerertrag pro Kopf bezahlen in einen Topf zusammen mit dem Kanton für „arme“ Gemeinden mit weniger Steuerertrag (=Disparitätenabbau). Zusätzlich bezahlt der Kanton eine Mindestausstattung, falls der Disparitätenabbau nicht ausreicht. Der Finanzausgleich war vor den 90er-Jahren sehr bescheiden, wurde in den 90er-Jahren massiv ausgebaut und nochmals ab dem Jahr 2002. Seither kommen jährlich rund 4.4 Millionen Franken Finanzausgleich ins Zulgtal. Das Gesetz wird per 2012 revidiert. Bei den Abstimmungen am 11.3.2011 kennen wir dann die definitiven Auswirkungen. Allgemein ist nicht zu erwarten, dass der in der Vergangenheit sehr stark ausgebaute Finanzausgleich immer grosszügiger wird, die „Bezahlergemeinden“ werden sich wehren.

Fusionsbeiträge (einmalig): Der Kanton bezahlt gestützt auf das Fusionsförderungsgesetz Beiträge an Gemeindefusionen, allerdings nur bis ins Jahr 2017. Bei Variante 1 würde die Gemeinde Zulg rund 3.6 Millionen Franken erhalten. .

Schluss der Informationsveranstaltung um 22.05 Uhr

Für die Aktennotiz:

Chr. Aeschlimann, Sekretär Projektausschuss

Beilage  
Foliensatz (pdf)